

## **Beschluss Nr. 1 „Frauen für den Klimaschutz“**

Der Klimawandel stellt gegenwärtig die wohl umfassendste Gefährdung der Lebensgrundlagen der heutigen und kommenden Generationen dar. Immer deutlicher wird erkennbar, wie der Mensch mit globalen Auswirkungen in das Klimasystem eingreift und wie dies auf die ökologischen, sozialen und räumlichen Existenzgrundlagen zurückwirkt.

Eine neue Klima- und Energiepolitik duldet keinen weiteren Aufschub. Als große Industrienation gehört Deutschland mit zu den Hauptverursachern des Klimawandels. Beim Pro-Kopf-Ausstoß an Treibhausgasen liegt Deutschland um das 2,5fache über dem weltweiten Durchschnitt. Deutschland muss diesen Ausstoß bis 2020 drastisch reduzieren. Um dieses Reduktionsziel zu erreichen, braucht die Wirtschaft klare, langfristige und verbindliche politische Rahmenbedingungen.

Wir rufen die Bundesregierung dazu auf, ein Klimaschutzprogramm vorzulegen, das folgende zentrale Punkte enthält:

- Änderung der Förderpolitik, so dass keine fehlgesteuerten Anreize geschaffen werden, die Klimaschädigungen verstärken
- deutliche Verstärkung der Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur effizienteren Energienutzung
- Stärkere Fokussierung der Forschung auf dem Gebiet neuer Energietechniken
- zügiger Ausbau der erneuerbaren Energien
- Festhalten am beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergienutzung
- Gewinnung und Einsatz von Biomasse unter nachhaltigen Kriterien. Dies gilt nicht nur beim Import, sondern auch bei der heimischen Produktion
- Sicherstellung einer extern überprüften Labelzertifizierung
- Einführung eines generellen Tempolimits „130“ auf Autobahnen

Darüber hinaus muss sich Deutschland weiter in der EU für einen konsequenten Klimaschutz einsetzen.

Wir nehmen unsere Verantwortung ernst und verpflichten uns als Frauenbund zum aktiven Klimaschutz. Wir rufen unsere Verbandsmitglieder auf:

- in der öffentlichen Klimadebatte ihre Position energisch zu vertreten
- Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur effizienten Energienutzung zu ergreifen
- Bewusstseinsbildung in energiepolitischen Fragen zu forcieren und zu konkreten Handlungsstrategien zu motivieren

**Begründung:**

Der Klimawandel ist in mehrfacher Hinsicht eine Frage der Gerechtigkeit: global, intergenerationell und geschlechtsbezogen.

Die Lasten des Klimawandels sind sehr ungleich verteilt. Die ärmeren Staaten haben bislang weit weniger zum Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase beigetragen als die Industriestaaten, denen es zudem leichter fällt, sich den Folgen des Klimawandels anzupassen. Der Klimawandel hat eine globale Dimension.

Klimaschädliches Verhalten wirkt sich insbesondere mittel- und langfristig aus. In mehreren Jahrzehnten wird spürbar werden, dass heute große Mengen Treibhausgase in die Atmosphäre abgegeben wurden. Nachkommende Generationen werden die Leidtragenden des heutigen Verhaltens sein. Der Klimawandel hat eine intergenerationelle Dimension.

Männer und Frauen sind unterschiedlich von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen und unterschiedlich an Maßnahmen zum Klimaschutz beteiligt. Frauen sind in umweltpolitischen Entscheidungsprozessen nicht angemessen repräsentiert. Im Umweltbewusstsein und beim Umweltverhalten sind deutliche Geschlechterunterschiede festzustellen. Diesen wird in der Kommunikation von Nachhaltigkeits- und Umweltkonzepten kaum Rechnung getragen. Der Klimawandel hat eine Genderdimension.